

## Auch wenn's nicht gleich was wird: Rot-Rot-Grün liegt in der Luft

An der Spitze von Union und FDP sind gefährliche Geisterfahrer unterwegs, die unbedingt gestoppt werden müssen

Zwei markante Ereignisse ändern die Dinge.....	1
Gysi über die Chancen einer Zusammenarbeit mit der SPD.....	2
Die enormen politischen und ökonomischen Erschütterungen durch die Finanzkrise werden im Wahlkampf vertuscht.....	3
Bayern hat ganz schön Dreck am Stecken.....	3
Ungeheure Haushaltsbelastungen und Steuersenkungen - wie soll das gehen?.....	5
Der sogenannte „Mittelstandsbauch“.....	6
Eldorado für Reiche und Gutverdienende.....	7
Steuerprogramme der Parteien zu den Bundestagswahlen.....	7
Gewaltschlag gegen die Sozialversicherungen und eine unverfrorene Erhöhung der Mehrwertsteuer.....	8
SPD und Grüne kommen von links zunehmend unter Druck.....	9
Gemeinsamkeiten zwischen Rot-Rot-Grün gibt es viele - aber es braucht auch eine kluge Politik, um sie zu nutzen.....	10

### Zwei markante Ereignisse ändern die Dinge

Augsburg, 20.9.2009. Monatelang schien die Lage vor den Bundestagswahlen eindeutig: die SPD ist am Boden, für Schwarz-Gelb reicht es und die Linke kann man ignorieren. Inzwischen haben vor allem zwei markante Ereignisse diese beschauliche Lage erschüttert.

*Erstens.* Die CDU verliert in allen drei Landtagswahlen am 30. August Stimmen, z.T. sogar erheblich,<sup>1</sup> und die Linke erzielt in Thüringen und im Saarland fulminante Ergebnisse. Auch die SPD vermag ein bißchen zuzulegen, in Thüringen mehr als in Sachsen. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen verliert die CDU flächendeckend fast fünf Prozent, in einer Großstadt wie Köln wurde sie buchstäblich weggefegt und auch in Essen verliert sie erdrutschartig die Oberbürgermeisterwahl. Bei diesen Kommunalwahlen in NRW gewinnen alle kleineren Parteien dazu, die Linke aber am meisten.<sup>2</sup> Auch wenn jetzt in Sachsen demonstrativ und eilig eine schwarz-gelbe Regierungskoalition gebildet wurde, reicht es seitdem für Schwarz-Gelb auf Bundesebene fast nicht mehr. Die Alternative Schwarz-Rot wird für die SPD zunehmend unannehmbar, da sie von Links unter Druck kommt.

*Zweitens.* Der von der Bundeswehr angeordnete verheerende Bombenangriff bei Kundus hat nach ersten Ergebnissen eines NATO-Untersuchungsteams etwa 125 Menschenleben und zahllose Verwundete gekostet.<sup>3</sup> Dieses – in unseren Augen – Massaker löst in den deutschen Medien und der Öffentlichkeit eine außerordentliche Debatte aus. Damit kommt schlagartig die Antikriegsposition der Linken in die Vorderhand und die Kriegsposition aller anderen Bundestagsparteien ins Wanken. Die

<sup>1</sup> In Thüringen sackt die CDU von 43,0 auf 31,2 Prozent (im Vergleich zur Landtagswahl 2004), in Sachsen von 41,1 auf 40,2 Prozent und im Saarland von 47,5 auf 34,5 Prozent

<sup>2</sup> s. die Berichterstattung in Politische Berichte 9/2009 S. 12-15 <http://85.183.64.11/archiv/pb/2009/2009-PB09.pdf>

<sup>3</sup> Nach Neues Deutschland, 7.9.2009, zitiert nach Friedensratschlag <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/massaker5.html>

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung geht nun in einem strategischen Artikel<sup>4</sup> davon aus, dass eine künftige großen Koalition an der Kriegsfrage mitten in der Wahlperiode zerbrechen werde, wenn es für Rot-Rot-Grün reicht: „...für einen Anti-Guerrilla-Krieg mit den unvermeidlichen zivilen Opfern lässt sich in Deutschland keine Mehrheit organisieren. Die große, schiefe Ebene am Hindukusch wird so zur schiefen Ebene der deutschen Politik.“ Dass die herrschende Klasse ein totales Fiasko in Afghanistan nicht mehr ausschließt, beweisen auch die Interviews, die die großen TV-Sender jetzt erstmals Martin Baraki gewähren. Die Medien müssen die ungeschminkte Wahrheit über Afghanistan jetzt vorsichtig in Kauf nehmen.<sup>5</sup>

## Gysi über die Chancen einer Zusammenarbeit mit der SPD

Wenige Tage nach der strategischen Warnung der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vernimmt man den Spitzenkandidaten der Linken, Gregor Gysi, in einem TV-Interview mit der Deutschen Welle<sup>6</sup> zur Frage einer möglichen Zusammenarbeit mit der SPD:

„... dass wir auf die SPD so ein Stück zugehen müssten [Gysi deutet mit den Fingern einen kleinen Abstand an, Red.], aber die SPD müsste auf uns so ein Stück zugehen [Gysi deutet mit den Handflächen und ausgebreiteten Armen einen großen Abstand an, Red.]. Das bringt die doch bis zum 27. September oder kurz danach nicht fertig. Das glaube ich nicht. Und da ich nie daran bin, Chimären zu schmieden, sage ich: ich halte das nicht für real.“

Aber eins sage ich auch. Wir leiten eine Entwicklung ein. Wenn die SPD, was ich annehme, eins auf die Mütze kriegt, und wir ein gutes Ergebnis erzielen und selbst wenn die SPD dann sagen wir mal nochmal in eine große Koalition geht, sage ich ihnen: diesmal – beim letzten Mal habe ich gesagt, die hält die ganze Legislaturperiode, wollten viele nicht glauben [...] – aber diesmal sage ich, wenn es nochmal zu einer großen Koalition kommt, die hält ein, zwei Jahre, nicht länger. Und dann gibt es so eine kleine, sich allmählich schmiedende Rebellion der nächsten Generation der SPD, die sagt, wir wollen wieder sozialdemokratisch werden, weil als zweite Union haben wir ja gar keine Chance. Wenn sich dann die SPD resozialdemokratisiert, – ja dann gibt es eine Chance auf eine Zusammenarbeit. Also ich schließe das gar nicht aus, bloß für den Herbst halte ich das nicht für real.“

<sup>4</sup> Die nächste Regierung könnte am deutschen Afghanistan-Einsatz scheitern, vermutet die FRANKFURTER ALLGEMEINE SONNTAGSZEITUNG:

"Wenn es nach der Wahl im Bund rechnerisch weiterhin für die rot-rot-grüne Option reicht, dann wird eine große Koalition spätestens in der Mitte der Wahlperiode zerbrechen müssen, damit ein SPD-Kanzler in den nächsten Wahlkampf ziehen kann. Man braucht ein Thema, Afghanistan eignet sich. Schon jetzt, in diesem Wahlkampf, mag es die Verhältnisse in der SPD zum Tanzen bringen. Freilich sollte man auch die Begeisterung in der Union für unsere Sicherheit am Hindukusch nicht überschätzen. Friedenseinsätze sind willkommen, auch militärische, aber für einen Anti-Guerrilla-Krieg mit den unvermeidlichen zivilen Opfern lässt sich in Deutschland keine Mehrheit organisieren. Die große, schiefe Ebene am Hindukusch wird so zur schiefen Ebene der deutschen Politik. Vieles kommt auf ihr ins Rutschen", unterstreicht die FRANKFURTER ALLGEMEINE SONNTAGSZEITUNG. aus: Deutschlandfunk - Pressestimmen, 6. September 2009; [www.dradio.de](http://www.dradio.de), zitiert nach Friedensratschlag <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/massaker4.html>

<sup>5</sup> s. z.B. das ARD-Morgenmagazin <http://mediathek.daserste.de/daserste/servlet/content/2874824?pageId=487890&moduleId=435054>

<sup>6</sup> DW-TV 12.5.2009 <http://www.youtube.com/watch?v=ckHrMR9mFfM>



## Die enormen politischen und ökonomischen Erschütterungen durch die Finanzkrise werden im Wahlkampf vertuscht

Tatsächlich war die Lage schon vor den beiden oben erwähnten markanten Ereignissen nicht so „beschaulich“ wie wir eingangs sagten. In Wirklichkeit versuchten die Medien und auch die großen Parteien die gewaltigen Erschütterungen, die die Finanzkrise ökonomisch und politisch verursachte, systematisch herunter zu spielen. Es mutet schon fast unheimlich an: die Experten konstatieren weltweit, dass der Crash von Lehman-Brothers beinahe einen Supergau des Weltfinanzsystems, gar einen „Zusammenbruch des Kapitalismus“, verursacht hätte<sup>7</sup> – und im deutschen Wahlkampf scheint es nur darum zu gehen, wie man Opel durchbringt. Das „Ringeln“ um Opel ist mehr als durchsichtig. Merkel und Steinmeier versuchen sich in der Pose, konkret um Arbeitsplätze zu kämpfen.

Dabei könnte man schon fragen, ob man unbedingt eine solche Technologie mit staatlichen Milliarden erhalten soll und ein solchen Konzern. Während die Kanzlerkandidatin und der Kanzlerkandidat versuchten, sich mit der Opelrettung zu profilieren, – über drei Milliarden Staatshilfe für die „Sanierung“ von Opel, möglichst auf Kosten der Standorte Spaniens, Großbritanniens, Polens und Belgiens – sagte ausgerechnet der Vertreter der Bundesregierung in der Treuhand, dass das Unternehmen jedes Jahr Milliarden verliere und nach Übernahme durch Magna nicht lebensfähig sei.<sup>8</sup> Also auch bei Opel ein falsches, doppeltes Spiel der Bundesregierung und selbstverständlich eine grandiose Ablenkung von den Schäden, die die Politik im Komplott mit den Banken und Finanzkonzernen angerichtet hat.

## Bayern hat ganz schön Dreck am Stecken

Erwähnt sei hier nur das ungeheuerliche Geschehen rund um die Hypo Real Estate, eine Ausgründung der bayerischen HypoVereinsbank aus dem Jahre 2003, wo auch der Augsburger Ehrenbürger, hochverehrte Sponsor und inzwischen geschasste Vorsitzende des Aufsichtsrats Kurt F. Viermetz eine Rolle spielte, die auch die Staatsanwaltschaft stark interessiert(e).

Erwähnt sei auch das skandalöse, mißbräuchliche Gebaren der Bayerischen Staatsregierung im Verein mit dem Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank, das diese Bank an den Abgrund brachte. Allein die Bayern-LB belastet den bayerischen Staatshaushalt 2008 mit zehn Milliarden Euro – Gott sei Dank schreiten die Grünen jetzt zur Klage gegen die Staatsregierung, weil sie den Landtag im Verwaltungsrat der Bank hintergangen und das verfassungsmäßige Haushaltsrecht des Landtags ausgehebelt habe.<sup>9</sup> Obwohl die Staatsregierung tönt, sie werde die Verluste allein schultern, muß der

---

<sup>7</sup> So schreibt z.B. Stefan Stahl im Leitartikel der Augsburger Allgemeinen vom 15.9.2009: „Vor einem Jahr stand die Weltwirtschaft am Abgrund. Die Amerikaner ließen ihre damals viertgrößte Investmentbank Lehman Brothers pleitegehen, ein fataler Fehler, schließlich wurde dadurch rund um den Globus der Glaube an die Finanzwirtschaft erschüttert. Es bestand vorübergehend sogar die Gefahr, dass die Menschen ihren Banken das Vertrauen entziehen und in Panik Geld abheben. Der Kapitalismus wäre kollabiert, schlimmer noch als infolge des 1929 ausgebrochenen fundamentalen ökonomischen Erdbebens. Eine derartige Katastrophe konnte nur durch das mutige Eingreifen von Regierungen und Notenbanken verhindert werden.“

Das Schlimmste scheint jetzt hinter uns zu liegen. Zaghafte Optimismus breitet sich.“

<sup>8</sup> Manfred Wennemer, Beauftragter der Bundesregierung in der Opel-Treuhandgesellschaft, wird in der Augsburger Allgemeinen vom 12.9.2009 so referiert:

„Zahlen sind die große Liebe Wennemers. Und die von Opel gefallen ihm gar nicht: Das Auto-Unternehmen verliert jedes Jahr Milliarden, sagte er als Begründung seiner Ablehnung des Sanierungskonzepts. Mit 1,5 Millionen Autos produzierte das neue Opel-Unternehmen im Jahr 2012/13 „viel zu wenig, um effizient zu sein“. Auch trage Magna mit gerade einmal zehn Prozent Eigenkapital viel zu wenig bei, kritisierte er. Angemessen sind Quoten von 25 bis 30 Prozent. Nachdem auch GM nicht bereit ist, auf Lizenzzahlungen zu verzichten, kommt er zu dem Schluss: „Das gesamte Risiko liegt auf den Schultern der Steuerzahler.“ Der Bund der Steuerzahler sieht das ähnlich. Verbandsgeschäftsführer Reiner Holznagel forderte die Regierung auf, alle Verhandlungunterlagen offenzulegen. Die Steuerzahler müssten wissen, was auf sie zukommt. Wennemer scheint das zu wissen.“

<sup>9</sup> Die Augsburger Allgemeine vom 19.9.2009 berichtet:

In der Auseinandersetzung um das milliarden schwere Finanzdebakel der Bayerischen Landesbank wollen die Grünen jetzt prüfen lassen, ob die frühere CSU-Staatsregierung im Jahr 2005 den Landtag hintergangen und damit die Verfassung verletzt hat. Ihr Vorwurf: Die Mitglieder der Staatsregierung hätten im Verwaltungsrat der

Bund eine zusätzliche Garantie über 15 Mrd. Euro für Anleihen zur Verfügung stellen. Am Rande sei hier festgestellt, dass der deutsche Anteil an der Verursachung der weltweiten Finanzkrise zu guten Teilen aus dem Freistaat Bayern zu stammen scheint. Das Abschneiden der CSU bei den Bundestagswahlen kann wahlentscheidend für die gesamte Union sein.<sup>10</sup> Mit unverändert 46% liegen die Prognosen für die CSU zwar etwas über dem Ergebnis der Landtagswahlen, aber deutlich unter dem Ergebnis der Europawahlen (48,1), die ja schon als Erholung der CSU gefeiert wurden.

Die durch die Finanzkrise ausgelöste schwere Rezession wird Deutschland nach Experten-Einschätzung bis Ende kommenden Jahres rund eine Viertel Billion Euro an Wohlstandsverlusten kosten. Je Bundesbürger wäre das ein Schaden von etwa 3000 Euro, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) jetzt geschätzt.<sup>11</sup> Allein zwischen April und Juni dieses Jahres verloren in der EU 1,44 Million Erwerbstätige ihre Anstellung. Der zaghafte Aufschwung in Deutschland wird nach Ansicht der OECD weitgehend am Arbeitsmarkt vorbeigehen. Während die deutschen Institute und die Bundesagentur für Arbeit zu beschönigen versuchen, die 4-Millionen-Grenze an Arbeitslosen werde heuer halten und die 5-Millionen-Marke werde nicht erreicht, geht die OECD von einer weiteren Verschärfung aus. Trotz der verlängerten Kurzarbeit dürfte die Beschäftigung in den kommenden Monaten weiter sinken und die Arbeitslosigkeit gleichzeitig steigen, erklärte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. „Die Arbeitslosigkeit könnte 2010 gar zweistellige (Prozent-)Werte erreichen, wenn der Aufschwung nicht schnell an Fahrt gewinnt“, hieß es im Beschäftigungsausblick 2009 der Organisation von 30 Industriestaaten.<sup>12</sup>

BayernLB „Spekulationsgeschäften mit einem enormen Haftungsrisiko für den bayerischen Staatshaushalt zugestimmt, ohne dafür die Zustimmung des Parlaments einzuholen.“

Untermuert wird der Vorwurf nach Ansicht des Grünen-Haushaltspolitikers Eike Hallitzky durch ein aktuelles Urteil des sächsischen Verfassungsgerichtshofs. Dort haben die sächsischen Grünen in einem angeblich ähnlich gelagerten Fall weitgehend Recht bekommen. Der VGH in Sachsen hat entschieden, dass der Finanzminister des Landes im Zusammenhang mit Finanzmarktgeschäften der SachsenLB die Rechte des Landtags verletzt und gegen die Landesverfassung verstoßen hat.

Im Visier haben die Grünen in Bayern das Handeln des Verwaltungsrats der BayernLB in den Jahren 2005 und 2006. Das Kontrollgremium war damals noch paritätisch mit Mitgliedern der Staatsregierung und Vertretern des Sparkassenverbandes besetzt. Kurz vor dem Auslaufen der sogenannten Gewährträgerhaftung nutzte die BayernLB die letzte Möglichkeit, mit dem Staat im Rücken an billiges Geld zu kommen und ihr internationales Finanzmarktgeschäft auszuweiten. 58,2 Milliarden Euro Kreditaufnahme hatte der Vorstand als Zielgröße festgelegt. Kredite im Umfang von 37 Milliarden Euro sind dann mit Billigung des Verwaltungsrats tatsächlich aufgenommen worden. Sie wurden zum größten Teil in später unverkäufliche ABS-Wertpapiere investiert – ohne Einbindung des Landtags.

Der Schaden für Bayern, so Hallitzky, sei bekannt: Der Freistaat musste Ende 2008 die Landesbank mit zehn Milliarden Euro frischem Kapital vor dem Kollaps retten. Die Verschuldung Bayerns stieg damit von 24 auf 34 Milliarden Euro an.

<sup>10</sup> Mehr als eine Woche vor der Bundestagswahl steht die CSU einer Umfrage zufolge bei 46 Prozent. Damit habe sich die Prognose für die Christsozialen seit einer Befragung im Juli nicht verändert, wie eine Umfrage im Auftrag von Sat.1 ergab. Die SPD büßte im Freistaat demnach zwei Punkte auf 17 Prozent ein, die FDP hielt sich bei 14 Prozent. Die Grünen könnten mit zwölf Prozent rechnen, die Linke mit fünf Prozent - jeweils ein Punkt mehr als im Juli. <http://www.net-tribune.de/nt/node/10848/news/Umfrage-CSU-in-Bayern-bei-46-Prozent>

<sup>11</sup> finanzen net vom 11.9.2009 schreibt:

Die durch die Finanzkrise ausgelöste schwere Rezession wird Deutschland nach Experten-Einschätzung bis Ende kommenden Jahres rund eine Viertel Billion Euro an Wohlstandsverlusten kosten. Je Bundesbürger wäre das ein Schaden von etwa 3000 Euro, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) für den Berliner „Tagesspiegel“ (Samstag) geschätzt. „Der Abschwung war außergewöhnlich scharf, ohne die Finanzkrise wäre es bei weitem nicht so schlimm gekommen“, sagte DIW-Konjunktur-experte Stefan Kooths der Zeitung.

Das DIW erwartet, dass die deutsche Wirtschaft frühestens 2011 wieder auf einem ähnlichen Niveau produzieren wird wie vor der Krise. „Wenn bis Ende 2011 die schlimmsten Einbußen wettgemacht sein sollen, braucht es dafür zwischenzeitlich kräftige Wachstumsraten. Die Antriebskräfte für diese Aufholjagd müssten vor allem aus dem Ausland kommen. Ob sich die Weltwirtschaft schnell genug erholt, ist aber noch keineswegs sicher“, sagte Kooths. Er warnte den Bund davor, zu früh mit der Haushaltskonsolidierung zu beginnen. „Damit würde er das Wachstum erneut schwächen - dann gäbe es zusätzliche Einkommensverluste, und die Krise käme uns noch teurer zu stehen.“ <http://www.finanzen.net/nachricht/aktien/DIW-Finanzkrise-kostet-jeden-3000-Euro-669245>

<sup>12</sup> Nach Bild vom 16.9.2009 <http://www.bild.de/BILD/politik/wirtschaft/2009/09/16/arbeitsmarkt-drama-bleibt-aus/bundesagentur-fuer-arbeit-korrigiert-prognose.html>



Damit die Hühner auch was zu lachen haben, kommt der Kanzlerkandidat der SPD daher und verspricht vier Millionen neue Jobs – bis 2020. Ohne zu wissen, ob die SPD dann überhaupt noch eine Rolle spielt oder er selbst bis dahin noch in der Politik ist. Der Augsburger Allgemeinen erzählte Steinmeier zu den vier Millionen neuen Jobs: „Wer sich keine ehrgeizigen Ziele setzt, wird immer unter seinen Möglichkeiten bleiben.“<sup>13</sup> Was Afghanistan betrifft, bestehe sein Ehrgeiz darin, „diesem



geschundenen Land wieder auf die Beine [zu] helfen“.<sup>14</sup> In fünf, sechs Jahren wolle er „entscheidende Fortschritte erzielen [...], um an eine Reduzierung unseres Engagements denken zu können“. Steinmeier bringt es fertig, solche illusionären und vagen Aussagen zu machen, und gleichzeitig der Linken vorzuwerfen, sie lebe „auf einem anderen Stern“.<sup>15</sup>

### Ungeheure Haushaltsbelastungen und Steuersenkungen – wie soll das gehen?

In schroffem Widerspruch zu den ungeheuren Haushaltsbelastungen und -risiken scheint die Forderung nach Steuersenkung zu stehen. Vordergründig scheint es hierbei auch um eine Entlastung breiter Schichten von Lohnabhängigen zu gehen, die im Falle von Inflation oder Lohnerhöhungen von der Steuerprogression erwischt werden. Diese sogenannte „kalte Progression“ belastet vor allem die unteren Einkommen sehr stark<sup>16</sup>, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW z.B. feststellt. Es gibt aber auch Klagen über die Steuerbelastung der sogenannten Mittelschicht, die nach gängiger Definition über ein Haushaltseinkommen zwischen

2600 und 5000 Euro netto monatlich verfügt. „Die Mittelschicht würde [...] wegen des Knicks und

<sup>13</sup> Interview, AZ 10.9.2009

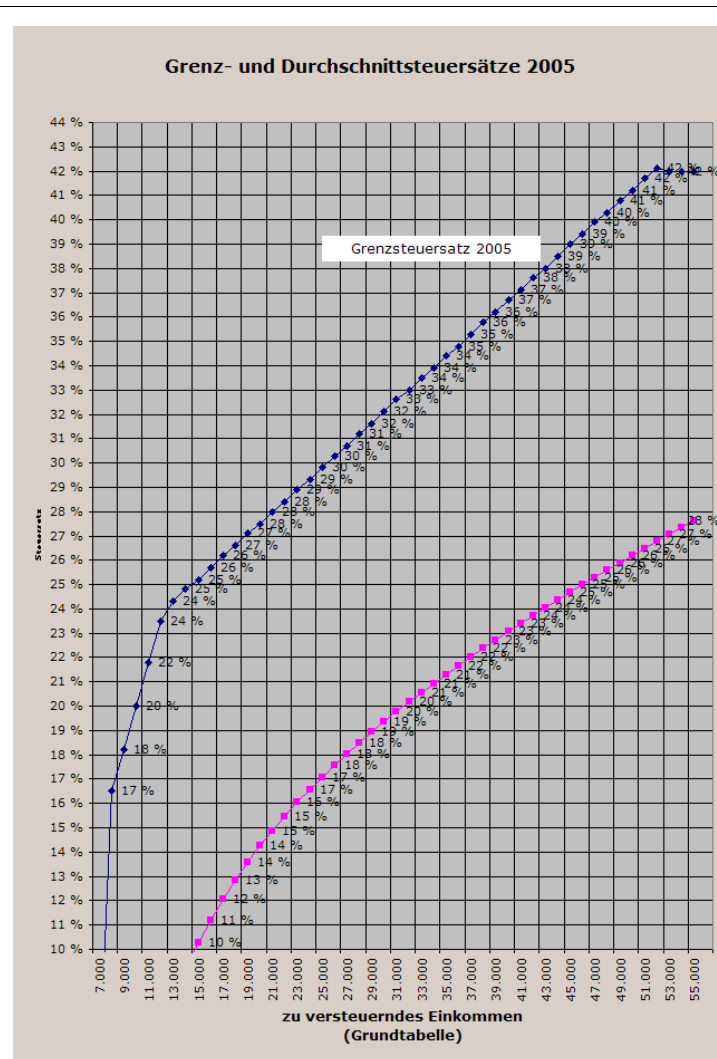
<sup>14</sup> „Nach 30 Jahren Krieg und Bürgerkrieg wollen wir diesem geschundenen Land wieder auf die Beine helfen. Unsere Aufgabe besteht also darin, uns selbst überflüssig zu machen. Das tun wir, indem wir die afghanische Polizei und die Armee in die Lage versetzen, selbst für Sicherheit im Land zu sorgen. Wie Schröder glaube auch ich, dass wir in fünf, sechs Jahren entscheidende Fortschritte erzielen werden, um an eine Reduzierung unseres Engagements denken zu können.“ Interview, AZ 10.9.2009

<sup>15</sup> AZ ebd.

<sup>16</sup> Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW schreibt in einer Pressemitteilung mit dem Titel *Nach der Wahl: Steuersenkungen ausgeschlossen – Staatsdefizit wird 2010 sprunghaft steigen* zum Thema „kalte Progression“: „Automatische“ Steuererhöhungen entstehen bei der Einkommensteuer durch die Tarifprogression, die vor allem im unteren Einkommensbereich steil ansteigt. [...]

Tatsächlich entwickelte sich das Einkommensteueraufkommen in den letzten Jahren gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung sehr dynamisch. Bis 2008 dürfte das entstandene Einkommensteueraufkommen einschließlich Solidaritätszuschlag gegenüber 2005 um knapp 19 Prozent gestiegen sein, das entspricht 36,5 Milliarden Euro. Im gleichen Zeitraum ist das Volkseinkommen um knapp elf Prozent gestiegen. Wäre das Einkommensteueraufkommen nur entsprechend der Einkommen gewachsen, hätte der Zuwachs nur 21 Milliarden Euro betragen. Die restlichen 15,5 Milliarden Euro, immerhin 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, sind auf die hohe Aufkommenselastizität zurückzuführen, die der stark progressive Steuertarif auslöst. Dieser Effekt wird als „heimliche Steuererhöhung“ oder „Kalte Progression“ bezeichnet. Er betrifft vor allem Steuerpflichtige mit steuerpflichtigen Einkommen unmittelbar oberhalb des Grundfreibetrags sehr stark. Pressemitteilung vom 09.09.2009

[http://www.diw.de/de/diw\\_01.c.338529.de/themen\\_nachrichten/nach\\_der\\_wahl\\_steuersenkungen\\_ausgeschlossen\\_staatsdefizit\\_wird\\_2010\\_sprunghaft\\_steigen.html](http://www.diw.de/de/diw_01.c.338529.de/themen_nachrichten/nach_der_wahl_steuersenkungen_ausgeschlossen_staatsdefizit_wird_2010_sprunghaft_steigen.html)



Der im Text angesprochene „Mittelstandsbauch“ zeigt sich deutlich in der Kurve des Grenzsteuersatzes, der den Steuersatz für die letzten zwei bis fünf Euro des Einkommens angibt. Aber auch die Kurve des Durchschnittssteuersatzes zeigt den „Mittelstandsbauch“ stark abgeflacht. Wikipedia schreibt: „Verglichen mit einem linearen Einkommensteuertarif stellt der tatsächliche Tarif eine konkave Kurve dar. Die Steuerprogression ist bei niedrigeren Einkünften höher als bei höheren.“ Der Skandal ist also weniger, dass der Mittelstand wegen des konkaven Verlaufs auch etwas mehr Steuern zahlt, sondern das die untersten Einkommen, die von der Steuer erfasst werden, die rasanteste Progression haben, während in der Progressionszone II ab 13.140 € der Steuersatz gleichmäßig ansteigt. Noch skandalöser ist natürlich, dass der Grenzsteuersatz ab einem Einkommen von 52.552 € konstant bei 42 % stehen bleibt.

<http://de.wikipedia.org/wiki/Einkommensteuertarif>

des ‚Mittelstandsbauchs‘ in der Steuerprogressionskurve heute genauso belastet wie schon vor 20 Jahren“, sagt der Bund der Steuerzahler.<sup>17</sup>

## Der sogenannte „Mittelstandsbauch“

Der „Knick“ in der Steuerbelastungskurve besteht in einem schroffen Anstieg der Progression im untersten Bereich der Einkommen (ab 7835 Euro bis 13.140 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen) von 15% auf 24% Steuersatz. Bis zu einem Einkommen von 55.552 Euro verläuft die Kurve flacher bis zum Steuersatz von 42%. Der „Mittelstandsbauch“ besteht im Knick der Steuerbelastungskurve nach oben, so dass alle Einkommen zwischen 13.140 und 55.552 Euro stärker belastet sind, als sie es bei einem gleichmäßigen Anstieg der Steuerprogression wären.

Eigentlich ist der Ist-Zustand des Steuersystems, nicht nur der Einkommensteuer, unter sozialen Gesichtspunkten skandalös. In gewisser Weise geht das auch aus einem Dossier der Augsburger Allgemeine zu den Bundestagswahlen mit dem Titel *Das Gerechtigkeitsdilemma* hervor:

Laut einer OECD-Studie liegt Deutschland bei der Steuer- und Abgabenlast mit an der Weltspitze: Die OECD moniert vor allem, dass Deutschland wie kaum ein anderes Industrieland die Einkommen von Gering- und Normalverdienern mit Sozialabgaben und Steuern

belaste. Ab bestimmten Top-Verdiensten dagegen sinke die Belastungsquote wieder. Für einen alleinstehenden Durchschnittsverdiener waren unter 30 OECD-Staaten nur in Belgien und Ungarn die Abzüge höher.

<sup>17</sup> Die meisten Steuerzahler aus der Mittelschicht klagen, dass sie von Steuerreformen früherer Regierungen kaum etwas gespürt hätten: Der Bund der Steuerzahler hat ausgerechnet, dass von allen seit 1990 beschlossenen Steuerreformen vor allem die Bezieher niedriger und sehr hoher Einkommen profitiert hätten. Die Mittelschicht würde jedoch wegen des Knicks und des „Mittelstandsbauchs“ in der Steuerprogressionskurve heute genauso belastet wie schon vor 20 Jahren. Augsburger Allgemeine 19.9.2009

Auch nach einer Erhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) entwickelten sich die Nettoeinkommen im Untersuchungszeitraum zwischen 1992 bis 2006 mit sozialer Schieflage: Demnach stiegen die Nettoeinkommen bei den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung insgesamt um 31 Prozent, beim untersten Zehntel schrumpfte es dagegen im gleichen Zeitraum um 13 Prozent. *AZ 19.8.2009*

## Eldorado für Reiche und Gutverdienende

Die FDP will diese Schieflage ganz offen ausbauen zu einem Eldorado für Reiche und Gutverdienende. Bisher liegt, wie das Schaubild zeigt, die durchschnittliche Einkommensteuerbelastung bei einem Verdienst von 50.000 Euro etwa bei 25%. Wenn die FDP nun zehn Prozent für Einkommen bis 20.000 Euro, 25 Prozent bis zu einem Verdienst von 50.000 Euro und 35 Prozent für jeden Euro darüber fordert, so bedeutet das

1. für Verdienste von bis zu 50.000 Euro eine deutliche Entlastung, weil bis zur Höhe von 20.000 Euro nur 10 % Steuersatz gelten sollen, nur was darüber ist, soll mit 25 % belastet werden.

2. für Verdienste über 50.000 Euro eine zusätzliche, dramatische Entlastung, weil praktisch der Spitzensteuersatz, der ab etwa diesem Einkommen gilt, auf 35% gesenkt wird (also um 7 bzw. 10 Prozentpunkte)!

Ein – ganz grob gesagt – ähnlich radikales Steuerprogramm hat sich Angela Merkel bei den letzten Bundestagswahlen von Professor Kirchhof aufschwätzen lassen.<sup>18</sup> Das hat die Union den sicher geglaubten Wahlsieg gekostet. Die Strategie ist diesmal, dass die FDP die Brutalitäten fordert – die Reichen, Gut- und Bestverdiener kann das nicht schrecken, im Gegenteil – und die Union sich arbeitnehmer- und volksfreundlich gibt, um so die eigene Basis nicht zu erschrecken und möglichst von der SPD noch abzustauben. Aber die CSU torpediert diese mühsam erreichte Strategie der Union ständig, da sie die FDP mehr als Konkurrent denn als Bündnispartner betrachtet und landespolitisch natürlich Kapitalflüsse nach Bayern umlenken will, indem sie Bayern einen Ruf als Steuerparadies à la Liechtenstein verpasst. Eine Woche vor den Wahlen versucht die CSU erneut mit einem eigenen „100-Tage-

### Steuerprogramme der Parteien zu den Bundestagswahlen

*CDU/CSU:* Mehr netto vom Brutto verspricht die Union. Dazu will sie die Steuerprogression entschärfen und den Eingangssteuersatz in zwei Schritten von 14 auf zwölf Prozent senken. Die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz, der heute bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 52 552 Euro fällig wird, soll erst auf 55 000 und dann auf 60 000 Euro angehoben werden.

*FDP:* Die Liberalen wollen einen einheitlichen Grundfreibetrag von 8004 Euro für Kinder und Erwachsene einführen. Anstelle der bisherigen Progression soll es künftig nur noch drei Steuersätze geben: zehn Prozent für Einkommen bis 20 000 Euro, 25 Prozent bis zu einem Verdienst von 50 000 Euro und 35 Prozent für jeden Euro darüber.

*SPD:* Steuerentlastungen gibt es bei den Sozialdemokraten nur für Einkommen bis zu 53 000 Euro. Dazu soll der Eingangssteuersatz auf zehn Prozent sinken und der Kinderfreibetrag von 3864 Euro um 200 Euro steigen. Außerdem wollen die Sozialdemokraten Börsengeschäfte besteuern und den Spitzensteuersatz erhöhen. Ab einem Einkommen von 125 000 Euro würde er 47 Prozent betragen. Heute liegt er bei 42 Prozent bzw. bei 45 Prozent für Einkommen von mehr als 250 000 Euro.

*Grüne:* Die Grünen wollen den Spitzensteuersatz auf 45 Prozent anheben. Der Grundfreibetrag soll von 8004 auf 8500 Euro steigen. Weitere Entlastungen lehnen die Grünen wegen der schwierigen Haushaltslage ab. Vermögende sollen mit einer einmaligen Abgabe einen ganz speziellen Beitrag zum Kampf gegen die Krise leisten. Kapitalerträge sollen nicht mehr pauschal mit einer Abgeltungssteuer von 25 Prozent besteuert werden, sondern nach dem persönlichen Steuersatz – das gleiche fordert die Linke. Die Grünen, nicht aber die SPD, fordern eine europäische Finanztransaktionssteuer. Es ist auch eine Novelle der Erbschaftsteuer geplant.

*Linke:* Sie wollen nicht nur die Körperschaftsteuer wieder von 15 auf 25 Prozent erhöhen, sondern auch die Vermögensteuer wieder einführen: Wer ein Privatvermögen von mehr als fünf Millionen Euro besitzt, soll mindestens fünf Prozent Extra-Steuer bezahlen. Der Grundfreibetrag soll auf 9300 Euro steigen, der Spitzensteuersatz auf 53 Prozent. Wie die Grünen will auch die Linkspartei das Ehegattensplitting abschaffen und die Erbschaftsteuer auf große Vermögen erhöhen.

weitgehend nach [http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Nachrichten/Politik/Artikel,-info-steuern-positionen-parteien- arid,1849014\\_regid,2\\_puid,2\\_pageid,4290.html](http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Nachrichten/Politik/Artikel,-info-steuern-positionen-parteien- arid,1849014_regid,2_puid,2_pageid,4290.html)

<sup>18</sup> s. unseren Kommentar vom 25.8.2005



Sofortprogramm“ auszubrechen. Was am heutigen Sonntag davon durchgesickert ist, veranlasste die SPD zu folgender – berechtigter – Kritik:

Der SPD-Politiker Poß warf der CSU vor, sie verabschiede sich immer weiter von einer verantwortungsvollen Politik stabiler öffentlicher Haushalte. „Neben den bekannten Absichtserklärungen zu Senkungen bei der Einkommensteuer in Milliardenhöhe verspricht die CSU nun auch Milliarden für Handwerk, Häuslebauer, Hotels und Gaststätten, bei der Erbschaft- und der Unternehmensteuer“, sagte Poß laut Mitteilung.<sup>19</sup>

## Gewaltschlag gegen die Sozialversicherungen und eine unverfrorene Erhöhung der Mehrwertsteuer

Tatsache dürfte, wie auch schon 2005, sein, dass die bürgerlichen Kräfte einen Gewaltschlag gegen die Sozialversicherungen und eine Privatisierungsorgie planen, wenn es die Wahlergebnisse nur irgendwie zulassen.<sup>20</sup> Das kann man mit einer Art Staatsbankrott besser erzwingen und der Beifall einer Meute von Reichen und Profiteuren, die dann praktisch gar keine Steuern mehr zahlen, ist sicher.

Tatsache dürfte aber auch sein, dass parallel dazu eine erneute unverfrorene Mehrwertsteueranhebung ansteht – gewissermaßen zur Disziplinierung breiter Massen und als Gegenfinanzierung der Steuerentlastung von Vermögen. Für eine solche Schweinerei ist vielleicht eine große Koalition besser – wie man schon in der vergangenen Legislaturperiode erleben konnte. Die SPD gibt sich vernünftig: Mit Steuersenkungen seien die nächsten Haushalte nicht machbar. Damit läßt sich die SPD aber auch eine Tür offen für eine weitere Mehrwertsteuererhöhung. Prompt lanciert der Spiegel kurz vor der Wahl am vergangenen Freitag ein radikales, wirtschaftspolitisches Programm aus der Feder von Thomas Straubhaar, Professor für Volkswirtschaft an der Universität Hamburg und Leiter des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI):

Radikale Forderung vor der Bundestagswahl: Der Wirtschaftsexperte Thomas Straubhaar verlangt für Deutschland eine höhere Mehrwertsteuer. So könnten die horrenden Lohnnebenkosten gesenkt werden, Tausende bekämen wieder



<sup>19</sup> <http://www.da-imnetz.de/nachrichten/politik/setzt-100-tage-sofortprogramm-472209.html>

<sup>20</sup> Die Augsburgische Allgemeine schrieb im Mai dieses Jahres: „...erreicht hat Seehofer laut Spiegel, dass die CDU von einem Kernelement ihrer einstigen Reformpolitik Abschied genommen hat: Die auch „Kopfpauschale“ genannte Gesundheitsprämie werde im Wahlprogramm von CDU und CSU nicht mehr erwähnt. Das Modell, nach dem jeder Bürger unabhängig vom Einkommen den gleichen Betrag für die Krankenversicherung zahlt, hatte zu heftigem Streit zwischen den Schwesterparteien geführt. Seehofer verzichtete im Jahr 2004 aus Protest gegen die Prämie auf sein Amt als stellvertretender Unions-Fraktionschef.“ *AZ* 30.5.2009 – Die „Kopfpauschale“ war wohl auch in den eigenen Reihen des Unionslagers nicht beliebt. Deswegen sind die Intentionen, die mit dem Modell verfolgt wurden, nicht aufgegeben – u.a. die Zerschlagung der paritätisch finanzierten Krankenversicherung mit proportional mit dem Einkommen ansteigenden Beiträgen sowie weitgehende Privatisierungen im Gesundheitswesen. Auch hier scheint die Wahlkampfstrategie zu sein, dies erst mal der FDP zu überlassen.



Arbeit. Für SPIEGEL ONLINE entwirft der Ökonom eine „Agenda 2020“. ... Direkte Steuern runter, indirekte Steuern rauf.<sup>21</sup>

Das DIW forderte kurz zuvor offen eine Mehrwertsteuererhöhung auf 25 Prozent:

Ähnlich wie Straubhaar hatte sich vor wenigen Tagen Klaus Zimmermann geäußert, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW). Nach der Bundestagswahl am 27. September müsse die neue Bundesregierung die Steuern auf breiter Front erhöhen, um das ausufernde Staatsdefizit in den Griff zu bekommen. Dazu gehöre auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 25 Prozent.

Vor der Bundestagswahl 2005 hatte die SPD eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgeschlossen. Tatsächlich erhöhte die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD nach der Wahl die Mehrwertsteuer dann aber von 16 auf 19 Prozent.<sup>22</sup>

Das Beunruhigende ist, dass eine Erhöhung der Mehrwertsteuer diesmal von den bürgerlichen Parteien gar nicht ausgeschlossen wird, zumindest von der FDP nicht.<sup>23</sup> D.h. Schwarz-Gelb wird, wenn der Durchmarsch gelingt, zuschlagen. Diese Drohung und andere Drohungen – wie z.B. die kaum mehr wegzudementierende Absicht von Schwarz-Gelb, neue Kernkraftwerke zu bauen – stehen im Raum und bringen ungeahnte Schärfe in den Wahlkampf. Nachdem am Wochenende nun die FDP auf ihrem Parteitag eine Ampel definitiv ausgeschlossen hat und die Grünen auf einem Parteitag ein Jamaika-Bündnis ausgeschlossen haben, bleibt der Weg zur Macht für die Grünen nur noch über rot-rot-grün. Für die SPD gilt eigentlich das gleiche, denn schwarz-rot wird ihr nicht gut bekommen, wie ihr alle voraussagen.

## SPD und Grüne kommen von links zunehmend unter Druck

Damit kommen SPD und Grüne von links zunehmend unter Druck. Renate Künast läßt ihre Partei im Interview von der FAZ als linke Partei bezeichnen und bekräftigt das auch noch:

[FAZ:] In Ihrem Programm fordern Sie einen höheren Spitzensteuersatz, eine höhere Erbschaftsteuer, eine Vermögensabgabe, einen Mindestlohn. Die Grünen sind doch eine linke Partei.

[Künast:] Wir sind links vorne. Wir fragen: Was ist gerecht? Was schafft Chancengleichheit? Wie bewahre ich Lebensgrundlagen? Das sind Fragen, die eine linke Partei beantworten muss, die aber mit dem traditionellen Begriff links nicht hinreichend beschrieben sind. Auch die Freiheit ist für mich ein moderner, linker Begriff, den ich nicht der FDP überlasse.<sup>24</sup>

Man höre nur, was dpa nach dem Grünen Parteitag am Wochenende weiß:

Berlin (dpa) - Die Grünen haben ein Bündnis mit Union und FDP nach der Bundestagswahl ausgeschlossen. Sie stimmten auf ihrem kleinen Parteitag in Berlin einstimmig für ein Sofortprogramm, das so mit einem Jamaika-Bündnis ihrer Ansicht nach nicht durchsetzbar wäre. Die Grünen wollen nach der Wahl eine einmalige Vermögensabgabe durchsetzen, einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro, die Anhebung des Hartz-IV-Satzes auf 420 Euro und die Begrenzung der Manager-Boni auf 500 000 Euro jährlich.<sup>25</sup>

In ihrer Serie zu den Bundestagswahlen hat sich die Augsburgische Allgemeine viel Mühe gegeben, die Positionen der Parteien möglichst sachlich und vergleichbar darzustellen, siehe beispielsweise in der Steuerfrage unser Kasten auf Seite 7. Allein in der Steuerfrage sieht man schon die frappierenden Gemeinsamkeiten der Programme von SPD, Grünen und Linke. Die Unterschiede sind tatsächlich oft

<sup>21</sup> Spiegel online 18.9.2009 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,649734,00.html>

<sup>22</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,647818,00.html>

<sup>23</sup> Siehe den Beitrag auf youtube: In diesem Ausschnitt aus der Sendung "Was erlauben Strunz?!" verplappert sich Wolfgang Kubicki (FDP) und verrät, was die FDP nach der Bundestagswahl vor hat: Senkung der Einkommensteuer zu Lasten der Mehrwertsteuer. <http://www.youtube.com/watch?v=knaMQcCaNAA>

<sup>24</sup> FAZ 19.9.2009

<http://www.faz.net/s/Rub4D6E6242947140018FC1DA8D5E0008C5/Doc~E8A31E070150D49A59EB3AE624268EB08~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

<sup>25</sup> <http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/706525>

nur graduell. Wir behaupten, so ist es in vielen, ja fast allen Fragen. D.h. programmatisch-inhaltlich steht rot-rot-grün nicht viel im Wege – außer der Kriegsfrage, und auch hier scheint es langsam einen Hauch von Bewegung bei SPD und Grünen zu geben, der sogar schon an der Spitze sich zu artikulieren beginnt. An der Basis geht es sowieso ganz anders zu und rumort es schon lange.

## Gemeinsamkeiten zwischen Rot-Rot-Grün gibt es viele – aber es braucht auch eine kluge Politik, um sie zu nutzen

Natürlich können SPD und Grüne auch eine andere Politik machen, als sie in ihren Wahlprogrammen formulieren. Und sie haben schon eine ganz andere Politik gemacht. Um beim Beispiel Steuer zu bleiben, wollen wir die Kritik der Linken an dieser vergangenen Politik kurz zitieren:

Die Steuern für Best- und Besserverdienende und große Unternehmen wurden in den vergangenen zehn Jahren massiv gesenkt. Heute zahlt dank der damaligen Koalition von SPD und Grünen ein Einkommensmillionär jährlich über 100 000 Euro weniger Steuern als Ende der 1990er Jahre.

Noch deutlicher ist die Körperschaftssteuer gefallen, die bei Aktiengesellschaften (AG) und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) erhoben wird. Allein dadurch kam es von 2001 bis 2008 zu Steuerausfällen in einer Gesamtsumme von über 100 Milliarden Euro gegenüber dem Stand Ende der 1990er Jahre. Den Staat finanzieren mittlerweile vor allem die abhängig Beschäftigten. Rund drei Viertel des Steueraufkommens werden durch die Lohn-, Umsatz- und Verbrauchssteuern aufgebracht. Im internationalen Vergleich sind die auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen erhobenen Steuern viel zu gering.

Die Große Koalition setzte die von SPD und Grünen begonnene Fehlentwicklung fort. So wurde die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent angehoben, die Entfernungspauschale grundgesetzwidrig zurückgestutzt und gleichzeitig erneut die Steuer für Kapitalgesellschaften gesenkt.<sup>26</sup>

Gysi sagte in dem schon erwähnten Interview mit der Deutschen Welle:

„In den zentralen Fragen, wo wir Widersprüche haben – übrigens nicht zu einer Partei sondern zu allen anderen Parteien:

Afghanistan. Bundeswehr führt Krieg. Alle anderen sagen, das muss sein. Wir sagen nein. Das Zweite ist, dass alle anderen Parteien sagen, die Leute werden immer älter, deshalb kann es erst Rente ab 67 geben. Wir sagen nein und schlagen einen anderen Weg vor. Das Dritte ist, alle sagen, Hartz IV ist im Kern richtig. Wir sagen, es ist im Kern falsch. Dann sagen sie alle, der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer muss gesenkt bleiben und von der Vermögensteuer wollen sie alle nichts hören.“

Nach unseren Betrachtungen der aktuellen Positionen zur Steuer müssen wir dazu sagen: Etwas zu flapsig und demagogisch, Genosse Gysi. Wenn man Rot-Rot-Grün will, muss man etwas gründlicher



<sup>26</sup> Aus dem Wahlprogramm der Linken [http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/485516\\_LinkePV\\_LWP\\_BTW09.pdf](http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/485516_LinkePV_LWP_BTW09.pdf)

sein, sonst entgehen einem wesentliche Punkte bei den anderen für eine gemeinsame Politik und man fängt an, die potentiellen Partner zu denunzieren. Das machen die anderen, SPD und Grüne, mit der Linken zwar auch, aber es führt zu nichts.

Mit der anderen Aussage in seinem Interview dürfte Gysi nicht daneben liegen:

„Mein Ziel ist 10+x Prozent, das wäre das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dass eine Partei links von der Sozialdemokratie ein zweistelliges Ergebnis erreicht. Das hat es noch *nie* gegeben.“

*Peter Feininger*